Abonnementspreis
in Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,25 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 217. Bielefeld, Mittwoch, 16. September 1896. 7. Jahrgang.

Die Junker in Nöten.

D. R. Für die Stellung, die sie im vermußpreußten Deutschland einnehmen, bezw. einnehmen wollen, führen unsere lieben ostelbischen Junker eine Anzahl Gründe ins Feld. Man kennt sie, diese Gründe: es sind so ziemlich dieselben, mit welchen die Angehörigen jeder herrschenden Kaste — und mochte sie noch so verkommen sein — ihre angemaßte Herrschaft verteidigt haben. Aehnlich, wie ein Ei dem anderen, sehen sich Vorwände, mit denen die altrömischen Patrizier ihren Vorrang vor den Plebejern, die venetianischen Nobili den Vorrang vor den „ciltadini" (Bourgeois) und der „plebe minuta" (dem Proletariat) rechtfertigten, die Vorwände, mit denen weiland Südkarolinas Sklavenhalter die Knechtschaft der Neger und Ostpreußens Krautjunker die Knechtschaft der weißen Tagelöhner als rechtmäßig hinzustellen trachteten oder trachten.

Unter anderen Gründen bringen die preußischen Junker als angeblich besonders beweiskräftig folgende vor. Der „Stand" der großen Grundbesitzer, sagen sie, sei die festeste Stütze der Monarchie, sei der Stand, in welchem nimmermehr „Umsturzbestrebungen" Fuß fassen könnten. Des weiteren schwafeln sie ein langes, und breites von der „Interessengemeinschaft", die den großen und den kleinen Grundbesitz verbinde, und stellen sich mit gewohnter Bescheidenheit der Welt vor als „die natürlichen Führer und Beschützer der Bauern". Und zum dritten behaupten sie, auch das Wohl der Landeskirche sei in ihren Händen aufs Beste aufgehoben, wie das gute und innige Verhältnis beweise, welches zwischen Pfarrern und Grundherrn herrsche.

Aber ach! auch diese „Gründe", deren Beweiskraft den Latifundiariern noch bis vor Kurzem schier unwiderleglich schien, haben in jüngster Zeit alle mit einander ein großes Loch bekommen. Wenn ein Wahlkreis von den Junkern als ihre sicherste Domäne betrachtet wurde, so war es Oletzko-Lyk-Johannisburg im ostpreußischen Landstriche Masurien. Seit 20 Jahren werden dort die konservativen Kandidaten mit überwältigender Mehrheit gewählt. Und was ergiebt sich nun? Mitglieder der herrschenden Kaste selbst, Leute von Besitz und Ansehen, bei denen vom „giftigen Neide" und von der „Begehrlichkeit der besitzlosen Klasse" doch wohl nicht geredet werden kann, treten offen als Sozialdemokraten auf: so E. Ebhardt auf Komorowen, so noch andere seiner „Standesgenossen". Grund genug, daß sich ein förmliches Wutgekreisch im Junkerlager erhebt! Haben doch seit der Grechen und der Manlier Tagen alle „Herrschenden", von den römischen Patriziern bis zu unseren Kraut- und Schlotdespoten herab, niemanden mehr gehaßt, als die Männer aus ihren eigenen Reihen, welche die Sache der Unterdrückten zu der ihrigen machen. Auf hohen Befehl der Junker müssen ihre gemieteten Preßburschen die Federn noch tiefer als sonst in den gewohnten Kot tauchen, um mit ihm jene „Abtrünnigen" zu bewerfen. So schreibt ein gewisses konservatives Blatt: „Uebrigens ist Herr Ebhardt der Sohn eines freisinnigen Parteiführers. Man sieht: der Apfel fällt nicht weit vom Stamme". Es giebt in der That ein Sprichwort, das also lautet. Jedennoch wird uns der „christliche" Tintenkuli vielleicht Recht geben, daß es immerhin besser ist, wenn der „Stamm" ein „freisinniger Parteiführer" und der „Apfel" ein Sozialdemokrat ist, als wenn, wie das auch vorkommt, der „Stamm" ein Bankerotteur und der „Apfel" ein durchgefallener Theologe und jetziger konservativer „Schmierfink" (um des entschlafenen Kriegsministers Ausdruck zu gebrauchen) ist.

Beweist unseres Genossen Ebhardts Beispiel, daß selbst wohlabgerundeter Grundbesitz nicht immer vor dem sozialdemokratischen „Gifte" schützt, so beweist andererseits der Kösliner Bauerntag, daß allmählich selbst den hartschädeligsten pommerschen und preußischen Bauern über das Treiben ihrer „angeborenen" Führer und Beschützer die Augen auf- und übergehen. Die „Volkswacht" meinte jüngst, die neue Gründung, eben jener zu Köslin gegründete Bauernbund, der in Konkurrenz zum junkerlichen „Bunde der Landwirte" treten soll, sei ein auf dem Boden der freisinnigen Vereinigung gewachsenes Gewächs und demzufolge nicht allzu viel von ihm zu halten. Nun erkennt Schreiber dieser Zeilen gern an, daß von schwindsüchtigen Eltern im allgemeinen nur schwindsüchtige Kinder zu erwarten sind. Doch woll ihn dünken, als ob — um im Bilde zu bleiben — die schwindsüchtigen Wadelstrümpfler beim Zeugungsakte jenes Bundes nur die Rolle gespielt haben, die sonst dem Vater zukommt: die Mutter aber jener Bauernbewegung ist die erwachende Einsicht in die schmähliche Behandlung, die so lange schon der große Grundbesitz dem kleinen zu teil werden ließ. Daher jene Bauernklagen über das famose Institut der „Gutsbezirke", eine Einrichtung, die den Junkern erlaubt, auf ihren Gütern Polizeiherrschaft mit dem Lohndruck zu verbinden, und ihnen zudem gestattet, sich um Gemeinde-, Schul- und sonstige Lasten herumzudrücken. Daher ferner die Bauernklagen über die Zusammensetzung der Kreis-, Bezirks- und Provinziallage, sowie der Landwirtschaftskammern, eine Zusammensetzung, welche den großen Grundbesitz warm bevorzugt und allein schon genügen würde, jene abgeschmackte Lüge von der „Interessengemeinschaft" des großen und kleinen Grundbesitzes in ihrem richtigen Werte zu kennzeichnen. Daher jene Bauernklagen über die Ausschließung der Bauern von dem wichtigen Amte eines Amtsvorstehers, eine Ausschließung, die diese Beamten zu reinen Werkzeugen großgrundbesitzerischer Interessen macht. Daher ferner die Klagen der Bauern über das gänzlich unzureichende Wildschadengesetz, welches in wenig verblümter Weise das Recht des junkerlichen Wildes auf Getreide und Kohl der „dummen Bauern" verkündet und „rechtlich" feststellt.

Das geben wir Recht: wenn etwa unsere Parteiagrarier in den Forderungen der ostelbischen Bauern eine, ob auch noch so kleine Dosis Sozialismus wittern sollten, so würden sie sich arg auf dem Holzwege befinden. Es fehlt in den Forderungen jene, welche wir Sozialdemokraten bei unserer Landagitation in die vorderste Reihe stellen und stellen müssen: die Abschaffung der Gesindeordnung, der Gesindeordnung, wiederholen wir, welche Sklaverei und Leibeigenschaft, wenn schon ihre Namen verbannt sind, in der That auf deutschem Boden forteristieren läßt. Wie zahm auch sonst die Forderungen der Bauern sind, ergiebt sich daraus, daß sie sich nicht einmal dazu aufschwingen, die Abschaffung der Gutsbezirke zu verlangen und sich mit ihrer Beschränkung begnügen wollen. Diese Zahmheit läßt allerdings deutlich erkennen, daß Wadelstrümpfler an der Wiege des neuen Bauernbundes gestanden haben.

Und dennoch: aus den zahmen, gemäßigten „neuen zwölf Artikeln der pommerschen Bauernschaft" (wie sie die „Berliner Morgen-Zeitung" nennt, die natürlich den neuen Bund jubelnd begrüßt), aus den bescheidenen Forderungen blickt der Klassenkampf hervor. Freilich nicht der Kampf zwischen den besitzenden und den besitzlosen Klassen, vielmehr der Kampf zwischen zwei Teilen der besitzenden Klassen, zwischen den besitzenden und herrschenden Junkern und den besitzenden, aber beherrschten Bauern. Immerhin einen Wert hat der Kösliner Bauerntag: von nun an werden die Junker sich noch lächerlicher machen, denn vorher, wenn sie wieder den lahmen Gaul der „Interessengemeinschaft" tummeln sollten.

Auch die Herren Pastöre wollen nicht mehr so ganz willig den Rittern von der notleidenden Landwirtschaft durch Dick und Dünn folgen. Selbst Iskraut knüpft Bedingungen ans Aufgebot der Dreschflegelbengel und Posaunenengel. Auf dem Pfarrvereinstage zu Braunschweig ist ein immerhin kräftig Wörtlein wider die Hauerei, Stecherei und Schießerei der Hochgeborenen geredet worden: freilich läuft ganz andere Galle aus dem Munde der meisten gescheiteiten Herren, wenn sie von den Kanzeln oder von den Tribünen „gutgesinnter" Wahlvereine herab auf die angebliche „Roheit" und die angebliche „Begehrlichkeit" der „unteren" Klassen schimpfen. Wir glauben auch nicht, daß die christlich-soziale Bewegung gerade von allzu großem Erfolge begleitet sein wird. Durch Ver- und Absetzung vorwitziger Pfäfflein schützen die Sanhedrins, wollte sogen Konsistorien, das Allerheiligste, d. h. die Abhängigkeit der ländlichen Tagelöhner von ihren junkerlichen „Brotherren". Immer gefährlicher wird's auch für den wohlmeinendsten und mutigsten Pastor, an dieses Heiligtum zu rühren, vor welchem die Mirbach und die Plötz als Erzengel mit flammenden Schwertern Wache halten, während vor der Knechtung der Industriearbeiter die erzgepanzerte Heldengestalt König Stumms Posto gefaßt hat. Aber andererseits zerstören die ewigen, nicht abreißen wollenden Reibereien und Plänkeleien zwischen Junkern und Pfaffen bezüglich der Duell- und der Arbeiterfrage, zerstören mehr noch die in rascher Reihenfolge sich drängenden brutalen Maßregelungen freimütiger oder auch

---

Der Kommissar.

Eine Geschichte aus dem neunzehnten Jahrhundert von Franz Wichmann.

3 [Nachdruck verboten.]

„Zum König, ein Wort von ihm könnte Deine Not lindern; aber hilft er Dir vielleicht?" Da er den vorwurfsvollen Blick des Mädchens bemerkte, lenkte er ein. „Freilich, es ist uns verboten, mit den Sozialisten zu verkehren, aber manchmal habe ich mir doch denken müssen, daß sie nicht so ganz unrecht haben. Sind es nicht auch Menschen, die für ihr gutes Recht kämpfen?"

„Aber mit unerlaubten Mitteln", unterbrach ihn Agathe.

„Weil die erlaubten nicht helfen. Doch wir wollen uns darüber nicht streiten."

Er brach ab, da er die Turmuhr eins schlagen hörte.

„Es ist höchste Zeit, daß ich zum Bahnhof zurückkehre, in einer Stunde geht der Zug nach Gaisberg. Morgen in der Mittagspause werde ich Dich nicht aufsuchen können, da ich Dienst bei einem Vergnügungszug nach Lindenberg habe, aber am Nachmittag .... Wann glaubst Du, daß der Exekutor kommen wird?" unterbrach er sich.

„Bis morgen Abend hat man mir Zeit gelassen."

„Und wie hoch beläuft sich die Schuld?"

„Auf kaum zehn Mark."

„Gut, bis zum Abend mußt Du das Geld haben."

Er achtete nicht auf ihre Einwände, und mit einem langen Kusse sich verabschiedend, eilte er die Stiege hinab auf die menschenbelebte Straße, während das Mädchen in banger Sorge und schweren Zweifeln zurückblieb.

* * *

Ludwig Lindner war raschen Schrittes bereits in die Nähe des Bahnhofs gekommen, als ein auf dem Bürgersteig Vorübergehender seinen Namen rief.

Der Schaffner wandte sich nach dem kleinen, hageren Manne um, den er in seiner Eile nicht beachtet hatte.

„Wendelin, Du, wohin gehst Du?"

„Ins Gefängnis."

„Du spaffst."

„Durchaus nicht. Sie haben mich auf sechs Wochen festgesetzt."

„Und trotzdem läufst Du frei hier herum?" sagte Ludwig erstaunt und betrachtete zweifelnd den ihm von seiner Militärzeit her gut bekannten Lithographen.

„Mit dem Davonlaufen hat es keine Gefahr; Du kannst sicher sein, daß unter den Passanten hier irgend ein Geheimpolizist umherschleicht und mich keinen Augenblick aus den Augen läßt. Sie haben mir drei Stunden Zeit gelassen, um meine häuslichen Angelegenheiten zu ordnen. Ich habe soeben von meiner Familie Abschied genommen und bin im Begriff meine Haft anzutreten."

„Aber ums Himmels Willen, was hast Du denn verbrochen?"

Wendelin Vogelbacher lachte bitter. „Ich nichts, aber ein Anderer."

„Und deshalb hat man Dich verurteilt?"

„Wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung zur Gewalt."

Der Schaffner zog den Sprecher erschreckt in eine enge Seitengasse.

„Doch nicht wegen des Flugblattes, das Du neulich verbreitet hast?"

„Eben deshalb."

„Aber man ließ es Dich doch ungehindert umhertragen."

„Freilich, einen Tag lang, um am anderen, wo es konfisziert wurde, mein Verbrechen um so sicherer konstatieren zu können. Die löbliche Behörde entdeckte eben erst später den staatsgefährlichen Inhalt."

„Siehst Du nun, wohin Euch Eure aufrührerischen Bestrebungen führen! So haben die Leute doch recht die sagen, daß Ihr zu offener Gewalt auffordert!"

„Ist uns nie in den Sinn gekommen, wir wollen mit erlaubten Mitteln unser Ziel erreichen."

„Aber dieses Flugblatt beweist doch das Gegenteil."

„Keineswegs, denn wir sind nicht Schuld daran."

„Wer denn?"

„Unsere Feinde, der Staat, die Regierung."

Ludwig Lindner blickte den Sozialisten an, als ob er es mit einem Irrsinnigen zu thun habe. „Du willst mich zum Narren halten, Wendelin."

„Durchaus nicht. Gewissen Behörden liegt nur daran, uns zu vernichten, in den Augen der Menge zu diskreditieren, und da sie es mit der Wahrheit nicht können, nehmen sie ihre Zuflucht zu krummen Wegen. Weißt Du, wer mir jenes Flugblatt zur Verbreitung übergeben und mich gut dafür bezahlte?"

„Nun, einer Deiner Genossen jedenfalls . . ."

„Ein verfluchter Spitzel, ein verkappter Polizeikommissar, der sich mit gefälschten Papieren als Metallarbeiter mir vorstellte und angab, von der Zentralleitung unseres Verbandes an mich geschickt zu sein. Da ich für diese schon früher Flugblätter und Wahlagitationen verbreitete, die unbeanstandet blieben, trug ich kein Bedenken, ihm zu vertrauen, und arbeitslos, wie ich war, griff ich froh nach dem sich bietenden Verdienst. Das Blatt habe ich, weiß Gott, kaum gelesen, und hätte auch nichts Arges dabei gedacht, wenn unsere Vorstände dasselbe verbreiten ließen. Zu spät erfuhr ich, daß ich in eine zu schlau berechnete Falle gegangen war. Einer der Genossen hatte in dem harmlosen Metallarbeiter, der sich in unsere Versammlungen schlich den gefürchteten Geheimpolizisten Meinrad Meßmer erkannt. Der Betrüger verduftete, ehe man ihm an den Kragen konnte. Ich aber wurde bereits eine Stunde später verhaftet und heute Morgen verurteilt."

„Ach was", sagte der Schaffner ungläubig, „das sind Ammenmärchen, die Du Dir einbildest. Steht doch in allen Zeitungen zu lesen, daß es keine Spitzel giebt, und solch unwürdiger Mittel würde sich der Staat niemals bedienen."

Der Lithograph lächelte bitter. „Du glaubst nicht daran; freilich, Ihr meint, was Ihr nicht seht, das sei nicht da, und bei Euch haben ja die Spitzel nichts zu suchen. Nun, ich wünsche Dir, daß Du niemals ihre ehrenwerte Bekanntschaft machst. Besonders dieser Meinrad Meßmer, dem ich zum Opfer gefallen bin, ist ein Prachtexemplar ihrer Gattung."

(Fortsetzung folgt.)

---

ge von

Rabatt wird

wacht".

tag, den 15. September, abends 6¾ Uhr:
roße öffentliche
etallarbeiter-
ersammlung
Lale des Herrn L. Krob.
Tagesordnung:
ewerkschaften und die Streiks
und die Uebelstände bei der
Firma Baer & Rempel.
Erscheinen sämtlicher Arbeiter
irma ist unbedingt erforderlich.
Der Einberufer.

suchen für sofort einen
Jungen
4 bis 16 Jahren für leichte
[2272*
L. & J. Hirschfeld.

Todes-Anzeige.
Gestern Nachmittag 5 Uhr
unser liebes Töchterchen
Martha [2277*
der Gehirnentzündung im
r von 3 Jahren 8 Monaten,
wir tiefbetrübt anzeigen.
Scheel und Frau
lefeld, den 14. Septbr. 1896.

Beim
undesamt Herford
sind eingetragen
29. August bis 11. Sept. 1896:
Geburten.
hne (18): Steinsetzer E. Krüger,
ser W. Quante, Schuhmacher
lemme, Tischler Ph. Klinksiek,
rbeiter A. Stipp, Tischler B.
, Buchhalter F. Rentsch, Gärtner
ltmann, Fabrikarbeiter H. Dann-
Handarbeiter H. Brinkmeier,
slermeister K. Matthes, Buch-
F. Becker, Heizer F. Strunk,
er K. Stahn, Zigarrenarbeiter
hls, Tischler A. Steffen, Fabrik-
er A. Stockmann, Schriftsetzer
rerhage.
chter (12): Handarbeiter K.
, Schneidermeister R. Petras,
er H. Husemann, Schneider
iemann, Tischler W. Pecher,
ider H. Beugholt, Fabrikarbeiter
hard, Schneider A. Hartmann,
sohn H. Wilke, Ziegelarbeiter
chmiedeskamp, Bahnarbeiter H.
r, Musiker F. Karthäuser.
Sterbefälle (13).
Häld, 2 J. Rentner F. Kreß,
A. Dustmann, 10 J. E.
ng, 10 Mon. Rentner H. Tilker,
Flurschütz a. D. H. Götzling,
A. Schaefer, 5 Mon. Maurer
lömmer, 42 J. Tischler H.
eier, 71 J. Rentner J. Mainzer,
Bürstenmacher H. Klinksiek,
Witwe L. Nolting, 65 J.
e K. Niemeyer, 76 J.
Aufgebote (8).
twer Handarbeiter W. Borgstedt
Witwe L. Echternkamp, Fabrik-
er A. Hambrink und F. Adolf,
nann O. Meyer und J. Weh-
, Witwer Tischler D. Winkel-
und L. Remmert, Konditor
eter und A. Pivit Hilfsbremser
ülmann und A. Bartling Barbier
ickewirth und P. Dorowalzky,
chniker E. Birk und A. Meyer.
Eheschließungen (3).
chler H. Nandorf und L. Hage-
, Zuckerbäcker A. Wulfmeyer
A. Schlüter, Witwer Zigarren-
er A. Schmidt und C. Bielau.

argarine
FF
in Altona-Bahrenfeld
Pfund) besitzt nach einem
Herrn Dr. Bischoff in
Geschmack wie gute Natur-
en Butterpreisen als voll-
Butter zu empfehlen, sowohl
llen Küchenzwecken.
flich! 2015
Mohr'sche Margarine.

nur unvorsichtiger Geistlicher den kirchlich-christlichen Heiligenschein, den die Junker zur Augenverblendung der Massen um ihr Haupt geflochten haben.

Wir legen allen den Thatsachen, die wir im vorstehenden aufgezählt haben, keinen übermäßig hohen Wert bei. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie den unaufhaltsamen Verfall des Krautjunkertums anzeigen und vielleicht auch noch beschleunigen. Die eigentlichen wirklichen Gründe dieses Verfalles liegen anderswo. Die mächtige industrielle Entwicklung Deutschlands läßt das mobile (bewegliche) Kapital immer höher über das immobile (unbewegliche) das Schlot- und Börsenjunkertum über das Krautjunkertum emporschießen. Andererseits hat die industrielle Entwicklung eine mächtige proletarische Partei, die Sozialdemokratie, in's Leben gerufen. Allmählich aber sicher teilt sich die sozialdemokratische Aufklärung der städtischen Arbeiter auch den ländlichen mit. Beides, die Macht des städtischen Kapitals und die proletarische Bewegung, die von den Städten aus auf das Land übergreift, zerstört die Wurzeln der Junkermacht und damit diese Macht selbst, die durch Gewalt und List, Betrug und Raub im 16. und 17. Jahrhundert ergattert und ergaunert ward. Mögen die Junker sich sperren und spreizen, sich wütend zur Wehr setzen und krampfhaft sträuben: solche Sperenzien helfen nichts gegen die historische Notwendigkeit, die den Untergang von Preußens „scheußlichem Krautjunkertume" (wie der Oberst Rüstow sagte) erheischt, wie sie vor 30 Jahren den Sturz der amerikanischen Sklavenhalter und vor 100 Jahren den der französischen Adeligen verlangte.

Politische Uebersicht.

Bielefeld, 16. September.

— **Die Bewegung unter den Eisenbahnarbeitern** geht unserer Bourgeoispresse sehr wider den Strich. Wie verschiedene andere Blätter nimmt nun auch die „Köln. Zeitung" aus dem Erscheinen des bekannten Aufrufs im „Hamb. Echo" Anlaß zu Warnungen an die Eisenbahnarbeiter. „Die Regierung und die Eisenbahnbehörden haben gegen Fachvereine nichts einzuwenden," lügt die „Köln. Ztg.", „aber das heißt doch nicht auf Großmut und Achtung fremder Ueberzeugung, sondern auf Schlafsheit und Kurzsichtigkeit spekulieren, wenn sozialdemokratische Arbeiter verlangen, einen Bund bilden zu dürfen, durch den sie ihre Brotherren befehden. Glücklicher werden auch die Arbeiter nicht dadurch, daß wohlbezahlte Partei-Agitatoren ihnen ihre Lebensführung verleiden; wie es mit dem gepriesenen Gleichheitsschwindel aussieht, zeigt die Entwicklung der Sozialdemokratie selbst, in der sich allmählich eine behäbige, sorgenlose Bourgeoisie herausgebildet hat. Die staatlichen Behörden sind in vollem Recht, wenn sie zu sozialdemokratischer Propaganda neigende Arbeiter auf der Stelle entlassen; kein anständiger Mensch behält einen Diener, der ihm zu verstehen giebt, daß er ihn bei nächster Gelegenheit ausplündern und totschlagen werde. Den Sozialdemokraten selbst fällt es gar nicht ein, nach solchen Grundsätzen zu handeln; sie verfolgen ihre Widersacher, sogar wenn ihnen nicht das geringste formelle Recht zur Seite steht . . . Duldung und Edelmut sind ihnen gegenüber Fehler, die sie aufs Unbarmherzigste ausbeuten. Wie es mit den geplanten Eisenbahnarbeiterverbänden aussieht, das zeigt einmal die überhitzte moralische Empörung auf der sozialdemokratischen Seite über ihre Auflösung, sodann aber auch das Beispiel der schweizerischen, österreichischen und italienischen Eisenbahnarbeiter Organisation, die sich vollständig in den Dienst der sozialdemokratischen Partei gestellt hat. Sie ist mit Forderungen hervorgetreten, deren Erfüllung den modernen Staat derart ins Schwanken bringen müßte, daß seine Existenz gefährdet wäre. Man muß sich immer vor Augen halten, wie sehr im Frühjahr dieses Jahres ein großer Ausstand der Eisenbahnarbeiter in der Schweiz drohte. Das sind sicherlich unhaltbare Zustände, und wie seiner Zeit die Behörden gegen die von sozialdemokratischer Seite ausgegangene Bildung eines Eisenbahnarbeiter-Vereins in Rixdorf scharf vorgegangen, so werden sie auch weiter gegen ähnliche geplante Schöpfungen vorgehen. Die Eisenbahn-Direktionen haben hinlänglich bewiesen, daß sie vernünftigen Vorstellungen wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes gegenüber nicht taub sind; aber sich von sozialdemokratischen Hetzern, die doch nie zu befriedigen sind, deren Unzufriedenheit ihre Kraft ist, Forderungen ertrotzen zu lassen, dazu ist der Sinn unserer Behörden noch viel zu gesund, mögen auch anonyme Einsender angeblichen Materials und gewerbsmäßige Menschenrechtstrompeter noch so sehr toben."

Die „Wahrheitsliebe" des rheinischen Blattes ist wohl selten so deutlich in ihrer wahren Gestalt hervorgetreten, wie in diesem Artikel. Grade weil aller vernünftigen Vorstellungen ungeachtet die Eisenbahndirektionen sich taub gezeigt haben, weil die Gründung von Berufs- oder Fachvereinen unmöglich gemacht wurde, haben die Eisenbahnarbeiter die Hilfe der sozialdemokratischen Presse angerufen, um das große Publikum, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Weil die Eisenbahnarbeiter wissen, daß sie jetzt schon für jede Aeußerung ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung mit der Hungerpeitsche bestraft werden, treten sie nicht öffentlich hervor, sondern ersuchen unabhängige Genossen darum, ihre Interessen zu vertreten.

— **Für ein Reichsversicherungsgesetz** sollen im Reichsjustizamt die Vorarbeiten bereits beendet sein. Offiziös wird über die Sache Folgendes mitgeteilt:

„Eine einheitliche Regelung des Versicherungswesens von Reichswegen ist um so notwendiger, als die in den deutschen Einzelstaaten bestehenden Gesetzgebungen über diese Rechtsgeschäfte allgemeine Bestimmungen nicht enthalten. Eine desto größere Mannigfaltigkeit herrscht in den Sonderbestimmungen auf diesem Gebiete, hauptsächlich bezüglich der Feuerversicherung. In einigen Staaten bestehen staatliche Feuerkassen, in anderen Staaten wiederum haben die Gemeinden oder provinziellen Verbände solche Feuerkassen gebildet. Den Einzelstaaten sind in dieser Hinsicht die Hände gebunden, da nach Art. 4 der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Versicherungswesen der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reiches vorbehalten sind. Dieser Artikel ist indessen bisher ein toter Buchstabe geblieben. Anfangs bestand die Absicht, besondere Vorschriften über das Versicherungswesen in das Bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen, doch ist dies nur in beschränktem Maße geschehen. Um so dringlicher erscheint der Erlaß eines Sondergesetzes. Ein solches hat zunächst Vorschriften im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu enthalten, vor allem also eine einheitliche Festsetzung der Konzessionsbedingungen und genaue Anordnungen über die Deckung und die Prämienreserven auf gesetzlicher Grundlage. Sodann sind die vielfach einander entgegenstehenden Interessen der Versicherten und der Versicherungsgesellschaften nach Möglichkeit auszugleichen und abzugrenzen. In dieser Hinsicht wird namentlich die von den meisten deutschen Gesellschaften noch aufrecht erhaltene und oft übermäßig streng gehandhabte Verfallklausel zu ändern sein, wonach der Versicherte, der mit der Prämienzahlung auch nur einmal im Rückstande bleibt, jedes Recht auf seine Police verliert, wobei häufig genug noch die schon geleisteten Ratenzahlungen zu Gunsten der Gesellschaft verfallen."

Deutsches Reich.

Berlin, 15. September. Die Landtagssession für Preußen soll nicht, wie bisher mitgeteilt wurde, Ende Oktober beginnen, sondern erst in der ersten Woche des Januar. Die offiziösen „Berl. Pol. Nachr." schreiben, es scheine die bis vor kurzem noch bestandene Absicht, den Landtag für Ende Oktober oder Anfang November einzuberufen, neuerdings aufgegeben worden zu sein. Man glaube, unbeschadet der rechtzeitigen Verabschiedung der die schließliche Gestaltung des preußischen Staatshaushaltsetats beeinflussenden großen Gesetzesvorlagen die Einberufung des Landtags für die erste Woche des Januar etwa in Aussicht nehmen zu können.

Hierzu bemerkt die „Freis. Ztg.": Diese Aenderung im parlamentarischen Plan der Regierung ist überaus auffallend. Niemand anders als der Finanzminister selbst verkündigte am 12. Mai 1896 im Abgeordnetenhause bei einer Besprechung über das Scheitern des Lehrerdotationsgesetzes, daß, „wenn etwa, worüber allerdings noch kein Beschluß gefaßt sei, das hohe Haus bereits im Herbst berufen werden sollte," alsdann das neue Gesetz so gefördert würde, daß es am 1. April 1897 bereits in Kraft treten könne. Den Lehrern würde alsdann aus dem jetzigen Scheitern noch gar kein Verlust erwachsen. Was die Staatsregierung betrifft, so werde sie alles thun, um dieses höchst wünschenswerte Ziel zu fördern.

Der Verzicht auf eine frühzeitige Berufung des Landtages kann erst in der letzten Staatsministerialsitzung beschlossen sein. Offenbar sind die Vorarbeiten für die Landtagssession nicht so weit vorgeschritten, um das Abgeordnetenhaus schon im November und Dezember ausreichend beschäftigen zu können. Rücksichtslos aber ist es für die Abgeordneten, dieselben so lange im Zweifel darüber zu lassen, ob sie sich auf eine Anwesenheit in Berlin vor Januar einzurichten haben oder nicht.

— Gegen den angeblichen Arbeitermangel auf dem Lande hat die agrarische „Deutsche Tageszeitung" ein neues „kleines Mittel" entdeckt. Nach ihrer Ansicht müßten es die Arbeitsnachweise der Militärvereine gradezu für eine ernste Pflicht erachten, die vom Lande zur Truppe Eingezogenen wieder aufs Land zurückzubringen. Meist werde es keines Zwanges bedürfen, sondern nur kameradschaftlicher Zurede, vernünftiger Auseinandersetzung oder auch eines bloßen Hinweises. „Meist" werde es keines Zwanges bedürfen, d. h. also, das Blatt will in der That hierbei Zwang angewendet wissen, wenn auch nicht immer. Von wem dieser Zwang ausgehen soll, ist nicht recht klar; dem Blatt schwebt aber folgendes vor:

„Wenn die Hauptleute bei der Entlassung mittelbar und unmittelbar mit dazu beitragen könnten und wollten, daß die Landkinder wieder heimkommen und nicht aus ihrem Wurzelboden gerissen werden, so würde das ein gutes Werk nicht nur an den Soldaten, sondern auch an der Gesamtheit sein."

Wie das gemacht werden soll, verrät das agrarische Blatt noch nicht. Der Militarismus hat hier thatsächlich eine seiner schwächsten Seiten; er reißt die jugendliche Landbevölkerung aus ihrer Abgeschlossenheit und holt sie in die Stadt, meist noch in die Großstadt, weil aus Gründen der „Ordnungspolitik" die Söhne der Großstädte durchweg in die abgelegensten Garnisonorte geschickt werden, weil man glaubt, daß sie da weniger leicht „gefährlich" werden können. So kommt die Jugend vom Lande in die Großstadt, findet Gefallen am großstädtischen Leben und bleibt nach Absolvierung des Militärdienstes, wenn's irgend geht, in der Großstadt hängen. Dort nimmt sie nach und nach die Ideenwelt des Sozialismus in sich auf und trägt mächtig dazu bei, sie auf dem Lande selbst durch ihre persönlichen Beziehungen verbreiten zu helfen. Das ist neben dem Verlust an billigen Arbeitskräften ein zweiter Grund, der die Junker wünschen läßt, die ländliche Jugend nach Ablauf der Militärzeit aufs Land zurückverpflanzt zu sehen. Aber noch so freundliches Zureden der Hauptleute wird hier nicht helfen, zumal wenn die Erwerbsverhältnisse nur einigermaßen günstige sind. Vielleicht wird das Agrarierblatt deshalb demnächst den Vorschlag machen, die ausgedienten Soldaten einfach per Schub in die Heimat zu befördern.

— Seine Gesetzgebungskunst hat der Bund der Landwirte an einer neuen Materie erprobt. Eine Kommission desselben hat einen Gesetzentwurf über Kunstwein ausgearbeitet, der nach dem „Pfälz. Kourier" folgende Hauptbestimmungen enthält:

§ 1. Getränke, welche in anderer Weise als durch alkoholische Vergährung des Saftes frischer Weintrauben, event. unter Benutzung derjenigen Verfahren, welche durch den § 3 des Gesetzes vom 20. April 1892 anerkannt sind, hergestellt werden mit der Bestimmung, als Ersatzmittel für Weine zu dienen, führen den Namen: „Vinosine". Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf Schaumwein und Obstwein (Obstmost) keine Anwendung.

§ 2. Die gewerbsmäßige Herstellung der Vinosine unterliegt der Besteuerung nach der Menge des hergestellten Produkts. Unter gewerbsmäßiger Herstellung ist im Sinne dieses Gesetzes auch eine solche anzusehen, die gegen Entgelt geschieht. Vom Hektoliter werden 15 Mk. Steuer für das Reich erhoben.

§ 3. Wer Vinosine gewerbsmäßig herstellen oder feilhalten will, hat den beabsichtigten Betrieb vor dessen Beginn bei der Steuerbehörde anzumelden und einen steueramtlichen Erlaubnisschein für die Vinosinefabrikation zu erwirken.

§ 7. Für die Herstellung und den Verkauf von Vinosine gelten folgende Vorschriften: 1. Die Herstellung der Vinosine, sowie die Lagerung der Rohstoffe und Fabrikate darf nur in den im Erlaubnisschein bezeichneten Räumen stattfinden. 2. Wer Vinosine herstellt oder einführt, hat der fertigen Vinosine auf 1 Hektoliter mindestens 1 Gramm Phenolphtalein zuzusetzen. Das gewerbsmäßige Feilhalten oder Verkaufen von Vinosine ohne diesen Zusatz ist verboten. 3. Ueber die Zu- und Abgänge an Rohstoffen und Fabrikaten hat der Fabrikant fortlaufende Anschreibungen zu führen, die dem Steuerbeamten auf Verlangen sofort zur Einsichtnahme vorzulegen sind. 4. Die zur Lagerung und zum Transport der Vinosine dienenden Fässer müssen mit deutscher Aiche versehen und an einer in die Augen fallenden Stelle die deutsche, nicht verwischbare Aufschrift „Vinosine", sowie den Namen oder die Firma des Fabrikanten tragen. 5. Wird Vinosine in Flaschen verkauft, so müssen diese mit Etiketten versehen sein, die in verzierter Antiquaschrift das Wort „Vinosine" tragen. Das Wort „Wein" oder eine Zusammensetzung damit darf auf der Etikette nicht angebracht werden.

Die Besorgnis um den Schutz der Weintrinker gegen Fälschungen ist durchaus verständlich bei den Agrariern; sind sie es doch in erster Linie mit, welche den Wein konsumieren. An und für sich ist ein solcher Schutz notwendig, aber er wird nicht erreicht durch gewissermaßen gesetzliche Konzessionierung der Pantscherei. Man soll einfach Diejenigen, die solche Pantschprodukte als Wein verkaufen, als Betrüger ernsthaft am Kragen nehmen und sie exemplarisch bestrafen. Das wird schon helfen.

Stettin, 15. Sept. Dem Bürgermeister Kummert in Kolberg, welcher bekanntlich den städtischen Saal in Kolberg den Sozialdemokraten zu einer Versammlung überlassen hatte und deswegen auf dem Disziplinarwege bestraft wurde, ist nunmehr das Recht zum Tragen der Landwehruniform entzogen worden. Ein wirklich freisinniger Mann wird sich natürlich daraus nichts machen. Bezeichnend aber für den Geist, der in unserm Staatswesen waltet, ist diese Maßregel.

Worms, 14. Septbr. Polizeibericht. Das Strafverfahren gegen den Fabrikanten Mohr in Altona wegen Vergehens gegen § 10 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, ist durch Beschluß der Gr. Staatsanwalt eingestellt worden, da der betr. Schlossermeister, der um Mitteilung über Fabrikgeheimnisse angegangen worden sein soll, nicht, wie anfänglich behauptet wurde, auch Werkführer oder dergl. der Horchheimer Fabrik ist, der § 10 des erwähnten Gesetzes aber verlangt, daß derjenige, der um solche Mitteilungen angegangen wird, Angestellter oder Arbeiter des betreffenden Geschäftes sein muß.

Dieser Bericht ist, wie uns Herr Mohr-Bahrenfeld mitteilt, in der „Wormser Zeitung" Nr. 250 vom 15. September enthalten, und erledigt sich dadurch der „Fall Mohr-Bahrenfeld", welcher seiner Zeit so viel Staub aufgewirbelt hat.

Aus dem Auslande.

Oesterreich-Ungarn. Christentum und Sozialismus. Wir berichteten kürzlich, daß der Katholikentag in Salzburg den katholischen Schriftsteller Hans Beruth ausgeschlossen hat, weil dieser das schreckliche Verbrechen begangen, die Kirchengesetze ernst zu nehmen. In der neuesten Nummer der von ihm herausgegebenen „Politischen Fragmente" erzählt Beruth nun ausführlich die Geschichte seiner Ausschließung und führt zunächst aus, daß er nur mit Mühe bei der Resolution zur Arbeiterfrage zum Wort kommen konnte. Referent für diese Resolution war Domprediger Dr. Kern, der sich auf eine kurze Darlegung beschränkte. Dann erzählt Beruth weiter:

„Als erster Gegenredner trat Professor Dr. Schindler auf, der sich gegen die Einschränkung des Zinsnehmens, dann gegen die weibliche Aufsicht in Betrieben, wo nur weibliche Arbeiter beschäftigt sind, endlich gegen die Einmischung des Staates in die Lohnfrage, sowie gegen die Beteiligung der Arbeiter am Reingewinne usw. aussprach. Nach Professor Dr. Schindler nahm der gewesene Ackerbauminister Graf Falkenhayn das Wort, aber nur, um sich in „allem und jedem" dem Vorredner Professor Dr. Schindler anzuschließen. Dem Grafen Falkenhayn folgte Graf Kuefstein, welcher sehr arbeiterfreundlich sprach und für die vom Domprediger Dr. Kern verfaßten Resolutionspunkte eintrat. Nun kam ich zu Worte. Es lag so nahe, daß ich, weil im ersten Punkte der Resolution die Einschränkung des Zinsnehmens verlangt wurde, auf das noch in Kraft bestehende Kirchengesetz verwies, welches das Zinsnehmen überhaupt verbietet, und sagte, daß, wenn erst alle Menschen dieses Gesetz beobachten, wenn Geistliche und Laien es halten würden, der vorliegenden Resolution entsprochen wäre. Nun war das Unglück los! Zuerst ein unartikuliertes Gemurmel, dann rief mir Professor Dr. Schindler zu: „Das Gesetz ist längst aufgehoben!" Und jetzt erscholl es von allen Seiten: „Ist aufgehoben, besteht nicht mehr!" Da half kein Hinweis auf bekannte Theologen und Kirchenrechtskenner; die Versammlung hatte ein Schlagwort als Entschuldigung für das Zinsnehmen gefunden und ließ es nicht mehr aus. Dann wendete ich mich gegen die Ausführungen Professor Dr. Schindlers, die ich als echt „manchesterlich" bezeichnete, weil Professor Schindler selbst das Recht der Arbeiter auf Arbeit bestritten hatte. Als ich dann die Lohnfrage selbst besprach und für die Arbeiter den gerechten Lohn, das heißt den vollen Ertrag der Arbeit, forderte und weiter hervorhob, daß alle Resolutionen nichts nützen, insolange man an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung festhält, die unbedingt zum Zusammenbruch führt, da war es, als wenn die Herren vom Gewissenswurm erdrückt werden sollten. Fast die ganze Versammlung hatte sich von den Sitzen erhoben. Der Jesuitenpater Biedelak rief zuerst in die Versammlung hinein: „Das ist ein Sozialist!" Graf Falkenhayn sekundierte und rief: „Schluß, nicht ausreden lassen!" worauf im Chorus so laute Schlußrufe ertönten, daß ich längere Zeit nicht weiterreden konnte. Als dann halbwegs Ruhe wurde, setzte ich meine Rede mit folgenden Worten fort! „M. H.! Mit den Resolutionen über Zinseinschränkung, Absonderung der Arbeiter nach Geschlechtern, Minimal- oder Maximallöhne kommen wir nicht aus, die ganze Gesellschaftsordnung muß geändert werden, das kapitalistische Gesellschaftssystem muß fallen, und die katholische Kirche muß hier mit gutem Beispiele vorangehen. Ihr Platz ist nicht an der Seite der Reichen, sondern an der Seite der Armen, wie Christus es Zeit seines Wirkens auf Erden gemacht hat." Weiter ließ man mich nicht sprechen; die ganze Versammlung hatte sich um mich

gruppiert und wiederholte so laute Schlußrufe, daß ich meine Rede abbrechen mußte. Nun kam aber eine recht ergötzliche Szene. Es ergriff nämlich der Vorsitzende, Graf Kuefstein, nachdem er den Vorsitz abgegeben hatte, das Wort, um mit bebender Stimme und unter tausend Entschuldigungen zu konstatieren, daß es nicht richtig sei, wenn behauptet wird, das kirchliche Gesetz, betreffend das Zinsverbot, sei irgendwo und irgendwann aufgehoben worden; er müsse hier dem Vorredner Recht geben, daß dieses Gesetz in der That noch fortbestehe und nicht aufgehoben sei. Man kann sich die Mienen der Versammlung vorstellen, die zu neun Zehnteln aus Theologen, darunter drei Universitäts-Professoren, bestand, als ihnen von zwei Laien die Unkenntnis kanonischer Gesetze nachgewiesen wurde. Aber die Herren glaubten eben klüger zu sein, und so meinte der hochwürdige P. Biedelak O. S.: „Ein Gesetz, welches so oft übertreten wird und das der Papst selbst übertritt, kann doch immerhin als aufgehoben betrachtet werden." Es ist das jedenfalls eine merkwürdige Logik. Danach wird jedes Unrecht Recht, wenn das Unrecht nur lange genug gegen das Recht gebraucht wurde. In sehr gereizter Stimmung wurde dann die Versammlung geschlossen."

Am folgenden Vormittag wurde sofort beim Beginn der Sitzung vom Fabrikanten Rhomberg aus Vorarlberg der Antrag gestellt, Beruth wegen seiner Rede, die ein Schlag ins Gesicht des Katholikentages sei, auszuschließen. Der anwesende Beruth wollte sprechen, aber man ließ ihn nicht sprechen und brüllte ihn nieder, als er trotzdem zu sprechen begann. Er protestierte dann dagegen, daß man ihn ohne Verteidigung verurteile und verließ den Saal. An der Thür standen etwa fünfzehn junge Geistliche, die ihn trösteten; einer derselben sagte: „Die Ausschließung ist das einzige Ergebnis des Katholikentages, und mit dem hätte man uns auch verschonen können." Ueber den Tag selbst fällt Beruth folgendes Urteil: „Er trug noch mehr wie die früheren Katholikentage ein feudales Gepräge. Nicht nur das Präsidium selbst, sondern auch die Vorsitzenden in den Sektionen waren Adelige. Dabei wurden die Dinge so einfach gemacht, daß man nicht weiß, was man mehr bewundern soll, das Raffinement auf der einen oder die stumme Ergebenheit auf der anderen Seite. Wahlen giebt es auf den Katholikentagen nicht. Alles wird nur ernannt. Der Kommissar ernennt den Vorsitzenden, und der Vorsitzende ernennt wieder die Vorsitzenden der Sektionen. Da der Kommissar ein Adeliger ist, so ist es nur selbstverständlich, daß auch der Vorsitzende von Adel ist. Ist aber der Vorsitzende von Adel, so müssen es auch die Vorsitzenden der Sektionen sein. So kommt man zu einem feudalen Parteitage, auf welchem die katholische Kirche und der Klerus die Rolle der Statisten spielen. Nur jenen gewissen geistlichen Herren, die wissen, wer bei uns die Bischöfe macht, bieten die Katholikentage die Gelegenheit, ihr Licht leuchten zu lassen und ihre Fähigkeiten zum Bischof erbringen zu können."

Belgien. Zu den Meldungen über die Grausamkeiten belgischer Offiziere des Kongostaates bemerkt die „Kölnische Zeitung", daß ihr bereits seit längerer Zeit derartige auf Raubmord hinauslaufende Greuelthaten belgischer Offiziere bekannt gewesen seien. Ein ihr dem Namen nach bekannter Offizier habe in einer mit Erlegung von Abgaben rückständigen Ortschaft 1308 Hände abschlagen lassen. Die von dem Engländer Parminter geschilderten Greuel werden mehrseitig bestätigt. —

Italien. Die Aussichten für einen endgiltigen Frieden zwischen Italien und Abessynien sind gering, doch erwägt man in italienischen Regierungskreisen die Möglichkeit einer Grenz-Beschränkung der erythräischen Kolonie. Von einem Angriffskrieg ist schon lange nicht mehr die Rede.

Der „Esercito Italiano" bespricht die Lage in Erythräa und bestätigt dabei, daß General Baldissera die Idee eines Offensiv-Krieges von der Hand weise. Für die Eventualität eines Defensiv-Krieges erkläre Baldissera die Verwendung von zwei Armeecorps in der Effektivstärke von 70 000 Mann für unabweisbar. Aber, fährt der „Esercito" fort, in Anbetracht, daß dies das bestehende System der Mobilmachung für den Fall europäischer Verwickelungen umstoßen und Italien zu einem Appendix von Erythräa bis zum Friedensschluß machen würde, sei die Regierung damit beschäftigt, die Opportunität zu erwägen, die Grenzen der Kolonie in bescheidenerem Maßstab zu ziehen, in der Absicht, jede Ursache zu einem Konflikt und infolge dessen zu weiteren Ausgaben auszuschließen. Der „Esercito" sagt zum Schluß, die thatsächlichen Nachrichten über die Friedensverhandlungen seien erfreulich und berechtigten zu der Annahme, daß Italiens Ehre und Würde gewahrt blieben.

Das römische Damen-Komitee zur Unterstützung der Gefangenen in Abessynien erhielt heute die telegraphische Benachrichtigung aus Djibuti, daß drei Gefangene, welche von den 50 vom Negus Feigelassenen zurückgeblieben waren, in guter Gesundheit eingetroffen seien. Der Abbé Oudin unterstützte sie in Harrar. Sie haben sich bereits nach Italien eingeschifft.

England. Die Polizei hat ein Dynamit Komplott, welches von Fenierm geplant war, entdeckt. Daran beteiligt soll sein Tynan, der Anstifter der Mordthat im Phönix-Park zu Dublin am 6. Mai 1882, welcher Lord Cavendish und Burke zum Opfer fielen. Tynan hatte sich damals nach den Vereinigten Staaten gerettet, glaubte aber nach 14jähriger Abwesenheit ohne Furcht vor Entdeckung nach Europa zurückkehren zu können. Er wurde am Sonnabend, den 12. d. Mts. in Boulogne verhaftet. Gleichzeitig wurde ein anderer Fenier Namens Bell in Glasgow und ein dritter Namens Wallace in Rotterdam festgenommen. Letzterer soll identisch sein mit Kearney, dem Führer der Bande, welche im Jahre 1883 die Gasanstalt in Glasgow in die Luft sprengte. Uebrigens versucht gleichzeitig der Telegraph aus dem Fenierkomplott eine internationale Anarchistenverschwörung zu machen. Der Humor bei der Geschichte wäre, wenn den russischen Zaren das Gruseln vor diesen Anarchisten anpackte und er die Reise nach Frankreich deswegen aufgeben würde. Dann hätte die französische Bourgeois-Regierung, welche bisher den Polizei-Anarchismus in gemeinster Weise gegen die Sozialdemokratie ausgespielt hat, ihren verdienten Lohn weg.

Parteinachrichten.

Die Delegierten zum Gothaer Parteitag werden zwecks rechtzeitiger Beschaffung der Quartiere dringend ersucht, sich beim Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bock in Gotha alsbald nach geschehener Wahl anzumelden und dabei anzugeben, wie viel sie für Logis nebst Morgenkaffee zu bezahlen wünschen. Im Orte Siebleben, wo der Parteitag bekanntlich abgehalten wird, können zirka vierzig Mann untergebracht werden. Diese Logis wären besonders für solche Delegierte geeignet, die aus dem einen oder anderen Grund die Promenade oder Fahrt zwischen Gotha und Siebleben zu vermeiden wünschen.

Genosse Groth, Redakteur der „Mecklenburgischen Volkszeitung", hat am Sonnabend das Gefängnis nach 5½ monatiger Strafhaft verlassen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 16. September.

— **Kostenlos freigesprochen** wurde unser Redakteur, Genosse Hoffmann, gestern von der Strafkammer II von dem Vergehen gegen § 11 des Preßgesetzes, welches er durch Nichtaufnahme einer Berichtigung des kommandierenden Generals des 7. Armeekorps, Götze, begangen haben sollte. Es handelte sich dabei um die famose Affäre des Sergeanten Hans Diekmann, in betreff welcher wir später von der Strafkammer I wegen Beleidigung verurteilt worden sind. Natürlich ist Revision gegen diese Verurteilung eingelegt worden. Was nun die Nichtaufnahme der Berichtigung betrifft, so war sie deshalb nicht erfolgt, weil die Berichtigung einer Andeutung darin verlangt war, der § 11 des Preßgesetzes aber nur die Aufnahme einer Berichtigung von Thatsachen verlangt. Das Schöffengericht war trotzdem zu einer Verurteilung gelangt, worüber wir damals uns baß verwundert hatten. Die Strafkammer kam diesmal zur Freisprechung; in der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß mit dem Wort Andeutung ein Urteil ausgesprochen wäre und daher die Berichtigung nicht hätte aufgenommen zu werden brauchen. Diese Begründung war uns verständlich, die weitere, daß in dem zu berichtigenden Artikel wahre und falsche Thatsachen enthalten seien, war es nicht, da nach unserer Meinung es nur darauf ankommt, ob es sich um Berichtigung von Thatsachen handelt, nicht aber, ob diese Thatsachen wahr oder falsch sind.

— **Diebstahl.** Gestern Morgen ist der Witwe Dreesbeimdieke hier, Webereistraße 30 wohnhaft, ein Portemonnaie mit 11 Mark Inhalt, welches auf einer Kommode in ihrem Wohnzimmer lag, entwendet worden. Als Diebin ist die Ehefrau Pl. von hier, eine Mitbewohnerin desselben Hauses, ermittelt worden, welche den Diebstahl auch eingestanden hat. Sie will jedoch das Portemonnaie mit Inhalt in Gadderbaum, als sie ihrem Manne das Mittagessen brachte, weggeworfen haben, aus Furcht, als Diebin entdeckt zu werden.

Gadderbaum, 16 September. Gestern Abend sprach im Wellmannschen Lokale Reichstagsabgeordneter Genosse Herbert-Stettin über „Die wirtschaftliche Entwickelung und die Sozialdemokratie". Der Besuch der Versammlung war leider durch das ungünstige Wetter etwas beeinträchtigt worden. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise in einem 1½stündigen Vortrage, und fanden seine Ausführungen allgemeine Zustimmung und Beifall. An den Vortrag schloß sich eine sehr interessante Debatte, welche von Herrn Dr. phil. et theol. Reimann hervorgerufen wurde. Herr Reimann stimmte mit den Ausführungen unseres Genossen überein. Das Christentum, welches Christus lehrte, und das Dogma vom Christentum seien grundverschieden. Das Dogma würde vorgeschrieben von der herrschenden Gesellschaft — dem Staat — und wer das Staatsdogma nicht lehre, fliege eben hinaus. Die Konsequenz hätten u. a. auch Naumann, Kötzschke und neuerdings Göhre gezogen. Göhre habe erkannt, daß er für die Arbeiter nicht wirken könne, so lange er noch ein Staatsamt bekleide, deshalb habe er seinen Dienst quittiert. Der Staat verlangt, daß so gepredigt wird, wie er es vorschreibt, und wer es anders wagt, der fliegt eben hinaus. Er verlangte eine schärfere Hervorhebung unseres Programmpunktes „Trennung von Kirche und Staat". Erst dann, wenn dies wirklich geschehen sei, könne der Geistliche im wirklichen Sinne des Christentums wirken. Genosse Herbert erwiderte, daß der Grundsatz Trennung von Kirche und Staat, Religion ist Privatsache, scharf genug in unserem Programm betont sei und wir es wirklich Ernst damit meinten. Denn wir hätten keine Lust, Gelder für Dinge auszugeben, mit denen man nicht einverstanden ist. Genosse Herbert verwahrt sich dagegen, die Geistlichen in einen Topf geworfen zu haben; er erkenne an, daß Göhre und Naumann es wohl ehrlich meinten, sie seien aber nur Eintagsfliegen. Die Ausnahme bestätige die Regel. Der Redner zeigte, daß das Christentum in seinen 2000 Jahren es nicht vermocht habe, das wirtschaftliche Elend zu beseitigen, deshalb müßten die Arbeiter sich die politische Macht erobern um sich eine bessere soziale Lebenslage zu verschaffen. — Die weiteren Für und Wider boten nichts des Interessanten.

Billerbeck, 13. Sept. Drei Dachdecker aus Hamm kamen bei den Arbeiten am Thurm der neuen Kirche zu Fall. Das Unglück geschah, weil einer derselben eine Stange, die zu der Befestigung des Aufzuges mit diente, wegnehmen ließ. Einer büßte bei dem Absturze sein Leben ein, einer wurde verwundet, dem dritten ging es besser, da er sich an einem Seil halten konnte.

Beckum, 15. September. Am Schalter der hiesigen Post hatte in diesen Tagen ein Soldat eine Postanweisung zu unterschreiben. Derselbe legte das Portemonnaie mit 42 Mark Inhalt auf einen seitwärts stehenden Tisch, vergaß indessen, dasselbe wieder an sich zu nehmen. Als er kurz darauf zurückkehrte, waren Geld und Börse verschwunden. Trotz angestellter Nachforschungen wird der Soldat wohl schwerlich wieder zu dem Gelde, das nicht einmal ihm gehörte und ersetzt werden muß, gelangen, denn ein ehrlicher Finder hätte sich wohl schon längst gemeldet.

Minden, 14. September. Die am 10. d. M. hier stattgehabte Volksversammlung war gut besucht. Genosse Reichstagsabgeordneter Herbert aus Stettin hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Thätigkeit des deutschen Reichstages". Am Sonntag sprach derselbe in einer Volksversammlung in Holzhausen I über „Die wirtschaftliche Entwickelung und die Sozialdemokratie". Auch diese Versammlung nahm einen sehr guten Verlauf. Wenn dieselbe nicht so sehr stark besucht war, so hatte das seinen Grund darin, weil pfäffische und kapitalistische Gegner gegen den Besuch der Versammlung agitiert und die Leute eingeschüchtert hatten. Unsere Gegner greifen, da das Skandalmachen nicht geholfen hat, nunmehr zum Mittel der Bangemacherei, um zu verhindern, daß der Arbeiter und kleine Bauer etwas von den sozialdemokratischen Wahrheiten erfährt. Besonders Herr Meier von der Glashütte „Porta Westfalika" hat seine ökonomische Machtstellung dazu benutzt, seine Arbeiter vor dem Besuch dieser Versammlung zu „warnen". Was dieses „warnen" bedeutet, wird jeder selbst wissen, dürfen doch diese Arbeiter nicht einmal ihrer Organisation angehören. Das nennt sich „Freiheit" im „deutschen Einheitsstaat" 25jähriger Jubel—feier. Die Genossen mögen aber aus dieser feigen Taktik unserer Gegner ersehen, wie notwendig es ist, die Agitation für unsere Ziele unnachlässig durch Broschüren, die Arbeiterpresse und von Mund zu Mund zu betreiben. Also mit Volldampf voraus!

Minden. Die am Sonntag, den 13. September hier tagende Parteikonferenz für den Minden-Lübbecker Wahlkreis erfreute sich eines guten Besuchs. Zum 1. Punkt der Tagesordnung legte der Vertrauensmann folgende Abrechnung für die Zeit vom 8. September 1895 bis zum 13. September 1896 vor:

Einnahme:	Mk.
Barbestand vom 8. September 1895	140,20
Im Laufe des Jahres vereinnahmt	355,07
Summa	495,27
Ausgabe:	
An das Agitationskomitee in Bielefeld	60,—
Für 1849 Broschüren	64,10
Unkosten zu Versammlungen	51,90
Für Festzeitungen	29,50
Für Delegation zum Breslauer Parteitag	20,—
Für Delegation zum Herforder Parteitag	17,—
Für die Familien der im Essener Meineidsprozeß verurteilten Genossen	30,—
An einen gemaßregelten Genossen	20,—
Sonstige Ausgaben	30,10
Summa	322,60

Abschluß:

Einnahme	495,75	Mark
Ausgabe	322,60	„
Bleibt Barbestand	172,67	„

Zur Prüfung dieser Abrechnung wurden 3 Personen gewählt, welche dieselbe für richtig befunden erklärten und Entlastung für den Vertrauensmann beantragten, was einstimmige Annahme fand. Zum 2. Punkt der Tagesordnung „Agitation und Organisation" wird berichtet, daß die Verbreitung immer gut von statten gegangen sei und die Broschüren von der Landbevölkerung gern entgegengenommen wurden. Genosse Schlüter-Rehme berichtet ausführlich über die Thätigkeit der Behörde den Arbeiterbestrebungen gegenüber. Da keine Abänderungsanträge zu der bestehenden Resolution, welche die Agitation im Wahlkreise regelt, vorlagen, bleibt sie in dem von der vorjährigen Konferenz beschlossenen Wortlaut bestehen. Zum 3. Punkt der Tagesordnung erstattete Genosse Schumann-Bielefeld Bericht über den internationalen Kongreß in London; seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Zum 4. Punkt der Tagesordnung lag ein Antrag Minden vor, den Parteitag in Gotha durch einen eigenen Delegierten zu beschicken, derselbe wurde angenommen und Genosse Zenker von der Konferenz als Delegierter in Vorschlag gebracht. Die definitive Wahl des Delegierten hat eine öffentliche Parteiversammlung der Mindener Genossen zur Ausführung zu bringen. Zur Deckung der Unkosten sind Sammellisten herauszugeben.

In der Debatte zu diesem Punkte wurde hervorgehoben, daß bei Beschickung des nächsten Parteitages (1897) Genossen anderer Orte in betracht gezogen werden möchten. Zum 5. Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zum Parteitag des östlichen Westfalens" lag ein Antrag Zenker vor, den jährlich an das Agitationskomitee zu zahlenden Betrag von 60 auf 100 Mark zu erhöhen; derselbe wurde mit der Motivierung abgelehnt, daß es schwer halte, die Gelder zusammenzubekommen, man dürfe sich nicht zu mehr verpflichten, als man bestimmt leisten könne. Sei Geld genug vorhanden, so könne ja die Konferenz immer noch etwas nachbewilligen. Es bleibt mithin bei dem bisherigen Betrage von 60 Mark. Punkt 6 der T.-O. fand nach kurzer Debatte dadurch seine Erledigung, daß Genosse C. Hoffmann-Bielefeld einstimmig als Kandidat für die nächste Reichstagswahl für den Minden-Lübbecker Wahlkreis aufgestellt wurde. Im Verschiedenem wird wiederum Minden als Vorort gewählt. Ferner wird beschlossen, dem Agitationskomitee in Bielefeld 25 Mark zu überweisen. Franz Schlüter-Minden stellt den Antrag, ihn wieder als Parteigenossen anzuerkennen. Bereits beim ersten Punkte der T. O. waren die von ihm auf der Konferenz vom 17. September 1893 gemachten Behauptungen Anlaß einer längeren Debatte. Schlüter hatte schon hierbei ausgeführt, daß es ihm fern gelegen habe, die leitenden Genossen zu verdächtigen, und wenn dieselben erklärten, daß ihnen von dieser Sache nichts bekannt sei, so glaube er das. Infolgedessen beschloß die Konferenz einstimmig, F. Schlüter wieder als Genossen anzuerkennen. Zum Ort der nächsten Konferenz wurde Rehme bestimmt. Hiermit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Siegen, 14. Sept. Im unweit gelegenen Betzdorf ist ein großer Golddiebstahl verübt worden. Mit großer Kühnheit sind die Diebe durch ein Nebenfenster in das Schaufenster eingestiegen und haben ca. 60 Broschen, 100 Ringe, goldene Ketten, Armbänder, 50 Paar Ohrringe, Uhren u. a. m. im Werte von 6000 Mk. gestohlen. Von den Dieben fehlt noch jede Spur.

Gerichtliches.

Von der Duellmanie des Reservelieutenantstums legt von neuem Zeugnis ab eine Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Kiel. Ein Dr. phil. Fink, Lieutenant der Reserve, hatte einen Artikel veröffentlicht, in dem unrichtige Angaben, betreffend die Organisation der Raiffeisenschen Dahrlehnskassen, enthalten waren. Der Vorstand des Instituts bezeichnete in einer nunmehr beginnenden Zeitungsfehde die betreffenden Auslassungen als unwahr. Dr. Fink fühlte sich durch den Ausdruck „es ist unwahr" beleidigt und wandte sich an das Bezirkskommando. Dies überwies die Sache dem Ehrenrat, und dessen Vorsitzender nahm die Hilfe des Rechtsanwalts

Wallis, der auch Reservelieutenant ist, in Anspruch. Dieser forderte im Auftrage des Dr. Fink und im Einverständnis mit dem Ehrenrat den Vorstand auf, öffentlich in der Presse zu erklären, daß er durch seine Auslassung den Dr. Fink nicht habe beleidigen wollen; andernfalls soll eine Herausforderung zum Zweikampf auf glatte Pistolen, 15 Schritt Distanz und dreimaligen Kugelwechsel erfolgen. Die Unterzeichnung der Ehrenerklärung wurde verweigert, und Wallis übermittelte nunmehr einem Mitgliede des Vorstandes, einem auswärtigen Landmann, die Herausforderung. Der Geforderte lehnte dieses Ansinnen gleichfalls ab. Wallis teilte dem Dr. Fink sowie dem Ehrenrat das Ergebnis seines Vorgehens mit. Der Ehrenrat veranlaßte nunmehr Fink, gegen den Landmann Klage wegen Beleidigung durch die Presse zu erheben. Der geforderte Landmann machte der Staatsanwaltschaft Mitteilung über die Herausforderung, und gegen den Rechtsanwalt Wallis wurde Klage erhoben. Die Strafkammer verurteilte Wallis wegen Kartelltragens nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einem Tage Festungshaft, da der Fall ein „sehr milder" sei!!! Diese eigenartige Auffassung des Gerichts bedarf keiner Kritik. —

Militärisches.

Sozialdemokratie und Militär. Von befreundeter Seite wird dem „Offenbacher Abendblatt" mitgeteilt, daß am Sonnabend in Darmstadt in der Kaserne des 115. Infanterie-Regiments eine große Spinddurchsuchung nach sozialdemokratischen Schriften stattgefunden hat, bei welcher nichts gefunden wurde. Leider war aber eine frühere Spindrevision nicht so gut verlaufen, denn ein Soldat wurde mit der schweren Strafe von 14 Tagen Arrest belegt, weil bei ihm eine Nummer des „Offenbacher Abendblattes" gefunden wurde. Der junge Mann ist aus einem Nachbarorte und hatte von seinen Angehörigen eine Sendung Nahrungsmittel erhalten, welche in dem Blatte verpackt waren. Mögen unsere Genossen, welche Eltern und Angehörige von Soldaten sind, vorsichtig sein, um ihre Söhne vor derartigen Unannehmlichkeiten zu bewahren.

Vermischtes.

Ein schwerer Unfall ereignete sich im Stahlwerk zu Königshütte dadurch, daß beim Abstich die flüssige Masse zum Spritzen kam und fünf Arbeiter erheblich verbrannte. Sie liefen wie lebende Fackeln umher, bis ihre brennenden Sachen durch Ueberdeckung gelöscht werden konnten. Einer der Arbeiter ist lebensgefährlich verletzt.

Ein Gewitter, welches am Montag bei Graz niederging, schwellte den Grazbach an, an welchem 50 Arbeiter beschäftigt waren. Dieselben zogen sich bis auf zwei rechtzeitig zurück. Bei der Bergung der beiden zurückgebliebenen Arbeiter ertran ein Feuerwehrmann.

Auf dem Rheine bei Germersheim kenterte ein Kahn, in dem sich ein Unteroffizier und ein Gefreiter vom Train mit ihren Bräuten befanden. Der Erstere und seine Braut wurden gerettet. Der Gefreite und seine Braut sind ertrunken.

Der Personenzug Ostende-Köln stieß nach dem „B. T." auf einen Zug der Schlafwagen-Gesellschaft. Die Maschine zertrümmerte einen Salonwagen. Mehrere Beamte wurden verletzt.

Ein inkommentmäßiges Duell auf offener Straße hat am Montag in Zalägerszeg in Ungarn stattgefunden. Dort griff auf öffentlichem Platze der Husarenoffizier Svasti den Advokaten Csisznak mit dem blanken Säbel an. Der Advokat zog den Revolver und schoß den Offizier nieder, der sofort eine Leiche war. Duellverweigerung wird als Ursache des Renkontres angegeben.

Briefkasten der Redaktion.

W. 1. Wenn im Kontrakt nichts ausgemacht ist, so ist der Hauswirt dazu verpflichtet.

Nr. 18. Nein.

Kl. in Bünde. Von heute ab werden die Zeitungen abgeschickt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Oeffentliche Versammlung

sämtlicher in der Feilenfabrikation beschäftigten Arbeiter

Donnerstag, den 17. d. Mts., abends 7 Uhr,
beim Wirt **Einhaus**, Neuenkirchenerstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Hoffmann** über: **Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. [2292

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Achtung! Zimmerer Bielefelds!

Oeffentl. Zimmerer-Versammlung

Freitag, den 18. September 1896,
im Lokale des Herrn **Tuxhorn,** Turnerstraße.

Tagesordnung:

1. Regelung unserer Lohnverhältnisse. — 2. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet [2290

Der Einberufer.

Naturheil-Verein.

Donnerstag, den 17. September, abends 8½ Uhr,
im **Hotel Teutoburg**

Vortrag des Herrn Töchterschullehrer **Fricke**
über: [2283
Licht- und Schattenseiten im Betriebe des Naturheilverfahrens.

Zutritt für Damen und Herren frei.
Nach dem Vortrage **Vorstandssitzung.** **Der Vorstand.**

40 Personen Damen u. Herren. **Nur 8 Tage** 40 Personen Damen u. Herren.

auf dem Kesselbrink Bielefeld.

Riesen-Zelt

Circus Variété

das größte Unternehmen in dieser Branche.

Heute, Mittwoch, den 16. September, finden

2 große Vorstellungen

nachmittags 4 und abends 8 Uhr statt.

Jede mit neuen Abwechselungen und Pantominen.

Preise der Plätze: Loge à Sitz 2 Mk., ganze Loge (5 Sitze) 8 Mk., Sperrsitz 1,20 M., 1. Platz 80 Pf., 2. Platz 50 Pf., Gallerie (Stehplatz) 30 Pf.

2285] **C. Kühlmorgen,** Direktor.

Niederwallstraße 12a, 1 Treppe.

Panorama International

Filiale aus der Passage in Berlin.

Zur Ausstellung gelangt zunächst eine hochinteressante **Reise durch Tirol von Hall bis Zirl.** [2267

Jeden Tag von morgens 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 2 bis 10 Uhr geöffnet. — Entree **30** Pfg., Kinder **20** Pfg. Vereine bedeutend ermäßigte Preise.

Feiertags halber bleibt unser Geschäft morgen, Donnerstag, den 17. d. M. bis abends 6 Uhr geschlossen. 2286

Gebr. Gottschalk.

Fertige Bettzeuge

das Meter zu 28, 34, 36, 45 und 58 Pfg.

Schürzenzeuge

das Meter zu 33, 40, 45 Pfg. und höher.

Betten! Kleidernessel

das Meter zu 30, 38 und 42 Pfg.

Handtücher, Hemdentuche,

Pelz-Piqué,

Gardinen u. Rouleauxstoffe

in crême und weiß in allen Breiten. 2291

Barchende, weiß und bunt,

Bettücher, Schlafdecken, Steppdecken

zu den billigsten Preisen.

Heinr. Hirz

Obernstraße 35 **Bielefeld,** gegenüber der **kathol. Kirche.**

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Schmiede u. verw. Gewerbe Deutschlands.

Donnerstag, den 17. dss. Mts. abends 7½ Uhr:

Mitgldr.-Versammlung

in der **Central-Halle,** Kesselbrink.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder u. Entrichtung der Beiträge. 2. Statuten Verlesung. 3. Verschiedenes. [2284

Bin jeden Freitag von 4 bis 6 Uhr nachmittags in Bielefeld im Hotel Kaiserhof, Bahnhofstraße, zu sprechen.

Dr. Hagemeier,
homöopath. Arzt,
2282] **Herzebrock.**

Empfehlen uns als [*2281

Kleidermacherinnen

in und außer dem Hause.

Geschwister Büsing.
Ehlentrupperweg 40.

Soeben ist eingetroffen in der Buchhandlung „Volkswacht":

Der wahre Jakob

№ 265
(Nr. 19 des Jahrganges 1896).
Preis 10 Pfg.

Wir suchen für sofort einen

Jungen

von 14 bis 16 Jahren für leichte Arbeit. [2272*

L. & J. Hirschfeld.

Kaufgesuch.

Gut erhaltene Herren- u. Damen-Kleidung, Schuhe u. Stiefel, Jagdartikel, Möbel, sowie Gold- u. Silbersachen kauft u. verkauft [2151*

E. Galling, Rosenstr. 7.

Die Verläumdung, die ich gegen den Schlosser **Otto Hilbert,** Bielsteinstr. 33, verbreitet habe, nehme ich hiermit als unwahr zurück. [*2228

Richard Flämming.

Alle Neuheiten für Herbst u. Winter

sind eingetroffen. [2287

Verkauf per Meter.

Eleg. Anfertigung nach Maß.

Aachener Tuchlager

A. & C. Voss, Altstädterkirchstraße 8.

Wegen Geschäftsverlegung

Ausverkauf

sämtlicher vorhandener Waren, wie: **Schürzen, Kleidchen, Hemden, Decken, Strumpf- und Wollwaren. — Siamosen, Cattune, Barchende** zu billigen Preisen. 1920

Haus-Kleiderstoffe extra billig.

Viktoriastr. 6. **C. F. Schleef.**

Die Freimaurerei.

Ihre Geschichte, Thätigkeit
und innere Einrichtung
von Joh. Fassenbach.

Preis 40 Pfg. **Preis 40 Pfg.**

Durch die Buchhandlung der „Volkswacht" zu beziehen.

Morgen, Donnerstag, den 17. d. M., bleiben unsere Verkaufsräume bis abends 6 Uhr geschlossen.

Wilhelm Lilienstern & Co.

Steinstraße 3—5. [2289